Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 63 (1976)
Heft: 10: Der LEMO-Bericht : Wegweiser in die Zukunft?

Rubrik: Leserbriefe

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

die Zahl der Primarschüler in den letzten drei Jahren um rund 1000 pro Jahr zunahm. Im Schuljahr 1975/76 kündigte sich jedoch bereits eine gegenteilige Tendenz an, blieb die Schülerzahl doch auf dem Vorjahresniveau stehen.
Gründe für dieses Phänomen sind der verstärkte Geburtenrückgang bei den Schweizern, die Stabilisierung der Geburtenrate bei den Ausländern und die Rückkehr zahlreicher Ausländerfamilien in ihre Heimat. Die wirtschaftliche Rezession, heisst es im Bulletin, habe somit bereits zu einer Stagnation der Primarschuleintritte geführt.
Die Tendenz hat eine sinkende Nachfrage nach Primarlehrern zur Folge. Bei Schuljahrbeginn im Herbst 1975 im Kanton Waadt waren zahlreiche neu patentierte Lehrer stellenlos: 25 mussten mit kurzfristigen und 20 mit langfristigen Stellvertretungen vorliebnehmen. Anders sieht die Situation in Sekundar- und Mittelschulen aus, wo die Schülerzahl vorläufig noch weiter steigt.

Leserbriefe

Meine Meinung zum Artikel von Georg Grosjean in Nr. 9

«Niemand hat das Recht, einen andern nach einem imaginären Zukunftsmodell zu erziehen», sagt Grosjean. Um so stärker ist nach seiner Meinung die Verpflichtung auf die Gegenwart, auf das «politische oder sittliche Bekenntnis der Allgemeinheit», auf «unser» Wertsystem, auf die «Grundsätze» der «Öffentlichkeit». Im Klartext heisst das: die Freiheit des Lehrers besteht darin, dass er Bekenntnisse ablegen muss. Und da der Inhalt der Bekenntnisse nicht von vornherein erkennbar ist – über die berühmten Grundsätze der Allgemeinheit wird ja politisch gestritten – ist um so klarer, dass es jeweils an den Behörden liegt, die Details festzulegen und über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Gesinnungen zu entscheiden. Vielleicht ist Grosjean so freundlich, das gültige Lehrer-Credo und die Definition der zu respektierenden Gegenwart zu liefern. Grosjean, der Mann, der sich für die Beachtung «feiner Grenzen» empfiehlt, hat eine Grenze übersehen: die Grenze zwischen dem autoritären Obrigkeitsstaat und dem freiheitlichen Rechtsstaat. Der Rechtsstaat verlangt die Einhaltung der Rechtssätze in Verfassung, Gesetz und Verordnung – die Amtsordnungen der Lehrer sind meist sehr deutlich – und darüber hinaus gewährt er Gesinnungsfreiheit. Der Obrigkeitsstaat fordert hingegen nicht nur Verhaltensloyalität, sondern auch Identifikationen, Abgrenzungen, Bekenntnisse und Verpflichtungen auf vage Auffassungen der «Öffentlichkeit». Jedes geforderte Bekenntnis mehr ist ein Stück Freiheit weniger. Wenn der geistige Kampf um die Freiheit im Stile Grosjean betrieben wird, ist er verloren.

Mit freundlichen Grüssen
Dr. Willi Schneider, 4125 Riehen

Aus Kantonen und Sektionen

Zürich:
Zürcher Intellektuelle unterzeichnen «demokratisches Manifest»

«Gerade in kritischen Zeiten dürfen der Spielraum der freien Diskussion und das Recht auf Veränderung nicht eingeengt werden», heisst es in einem «demokratischen Manifest», das kürzlich in Zürich vorgestellt wurde und das sich gegen politisch motivierte Entlassungen beziehungsweise Nichtanstellung von Lehrern, Journalisten und aktiven Gewerkschaftern richtet.

Gegen die «Unterhöhlung der demokratischen Rechte in unserem Lande» und ein «Klima der Unsicherheit und Einschüchterung» wendet sich das von 75 Persönlichkeiten unterzeichnete «demokratische Manifest». Immer mehr Lehrer, so heisst es im Manifest, würden aus politischen Gründen entlassen oder nicht angestellt, im öffentlichen Dienst komme es vermehrt zu politisch motivierten Massnahmen, Radio und Fernsehen seien einer «stillen Zensur» unterworfen, und in der Privatwirtschaft sei bereits eine Reihe von aktiven Gewerkschaftern entlassen worden. Dadurch könnten «erfahrungsmässig garantierte Grundrechte wie die Meinungsfreiheit, die freie Berufswahl, das Recht auf politische und gewerkschaftliche Tätigkeit nicht mehr ungestraft ausgeübt werden».
Viele der Erstunterzeichner des Manifests hatten ihren Namen bereits 1968 unter das «Zürcher Manifest» im Gefolge der Globus-Unruhen gesetzt: Max Bill, Max Frisch, Walter M. Diggelmann, die ETH-Professoren Alfred Huber und Adolf Muschg und die Uni-Professoren Peter Noll und Arnold